

- 2 -

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l
der 75. Sitzung des Bundesrates vom 6. November 1956

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Dr. Feldmann

Abwesend: niemand

Schriftführer: HH. Oser und Weber

Protokolle: keine

Beginn: 9 Uhr Schluss: 12 Uhr

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Aufruf an die Grossen Vier für eine Gipfelkonferenz in der Schweiz

Einleitend führt der Herr Bundespräsident aus, dass er in der Nacht um 1 Uhr 40 die Meldung der Depeschagentur erhalten habe, über die letzte mit Drohungen verbundene Aufforderung Bulganins an Grossbritannien, Frankreich und Israel, das Feuer einzustellen. Nach Besprechung mit Oberst Daniel habe er verzichtet den Bundesrat aufzubieten, habe aber den Vorsteher des EMD zu- Herr Petitpierre stellt fest, dass die Vorbereitung der /rückrufen lassen. Sowjetunion in den Suezkonflikt einzugreifen, uns an die Schwelle eines neuen Weltkrieges geführt hat. Er halte dafür, dass dies der Moment sei, wo die Schweiz einen Versuch zur Rettung des Weltfriedens machen und ihre guten Dienste für die Organisation einer Konferenz der Grossen Vier und dem Chef Indiens auf Schweizerboden anbieten sollte. Es fragt sich, ob man vor einem solchen Schritt noch mit unserem Beobachter bei der UNO Fühlung nehmen sollte.

In der Diskussion wird der vorgeschlagene Schritt allgemein begrüsst, doch wird die Frage aufgeworfen, weshalb Indien miteingeladen werden soll. Herr Petitpierre begründet diesen Antrag damit, dass Indien als Vertreter der Mächte von Bandung das Interesse dieser Gruppe an einer Lösung des Suezproblems vertritt. Wir können hoffen, von Indien unterstützt zu werden. Der Konferenz geben wir eine Chance mehr, wenn ein Element dabei ist, das gewissermassen die Rolle eines Schiedsrichters spielen könnte. Herr Petitpierre schlägt vor zu sagen "Ihnen könnte sich der Regierungschef Indiens als Vertreter der Mächte der Konferenz von Bandung anschliessen."

Der Rat genehmigt dann den Text für einen Aufruf, wie er in der Beilage wiedergegeben ist.

Es wird beschlossen, nicht noch die Meinung des schweiz. Beobachters bei der UNO einzuholen, sondern sofort zu handeln. Die Angelegenheit geht zum Vollzug an das EPD.



Präsidentialvorbringen

Bankett der Auslandspresse

Der Herr Bundespräsident wirft die Frage auf, ob es bei der heutigen Weltlage opportun wäre, wenn der Bundespräsident an diesem Anlass durch eine Ansprache hervortreten würde? Herr Petitpierre glaubt, dass der Bundespräsident doch eine kurze Ansprache mit einigen allgemeinen Anspielungen halten und darin der Hoffnung Ausdruck geben sollte, dass doch noch ein Ausweg aus der kritischen Situation gefunden werde. Der Herr Bundespräsident erklärt sich damit einverstanden und wird, ohne den Bundesrat zu engagieren, kurz erläutern, wie der Appell des Bundesrates an die Grossen Vier zu verstehen ist.

Mitteilung des Herrn Streuli

Kommission für das Weltbankdarlehen

Herr Streuli, der die Sitzung dieser Kommission verlassen hat, um an der Bundesratssitzung teilzunehmen, teilt mit, dass die Kommission wahrscheinlich einem Antrag Weber auf Nichteintreten zustimmen werde. Der Bundesrat sollte das Geschäft zur Zeit zurücknehmen. Es wird beschlossen, der Kommission zu beantragen, die weitere Behandlung des Geschäftes einzustellen und ihr mitzuteilen, dass der Bundesrat darauf verzichte, es in der Dezembersession zu behandeln. Herr Streuli verlässt die Sitzung, um die Kommission zu orientieren.

Die Sitzung wird bis 9 Uhr 55 unterbrochen.

Weitere Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Aufnahme ungarischer Flüchtlinge aus Oesterreich und andere Probleme, die in Abwesenheit von Herrn Petitpierre besprochen werden können

Der Hochkommissär für die Flüchtlinge hat angefragt, ob die Schweiz ungarische Flüchtlinge aufnehmen und eine finanzielle Hilfe gewähren könne. Herr Petitpierre wäre geneigt zuzustimmen. Radio Lausanne wird einen Aufruf erlassen, wonach jede Ortschaft eine ungarische Familie aufnehmen sollte. Man sollte grosszügig sein und Oesterreich entlasten.

Ferner sollte diskutiert werden der Empfang der russischen Botschaft, die Absendung eines Telegramms an den Präsidenten der Sowjetunion, der Empfang des neuen Ministers von Ungarn. Bezüglich der russischen Revolutionsfeier, wird im Ausland wie folgt reagiert: Den Haag: keine Vertretung der Regierung; Stockholm: Beschränkung auf das strikte Minimum; Der König der Belgier und der König von Schweden werden nicht teilnehmen. Wenn Bulganin zustimmend antworten sollte, wäre es verfehlt ganz weg zu bleiben.

Um 10 Uhr 15 verlässt Herr Petitpierre die Sitzung, um der Reihe nach die Botschafter der im Aufruf genannten Länder zu empfangen und ihnen den Aufruf zu überreichen.

Schriftliche Anträge

Der Rat behandelt in Abwesenheit von Herrn Streuli und Petitpierre die schriftlichen Anträge. Das Geschäft Käsemarktordnung wird auf Freitag, das Geschäft Verfassungsergänzung und Bundesbeschluss über die friedliche Anwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz auf die Nachmittagssitzung verschoben, die auf 15 Uhr festgelegt wird.

Fortsetzung der Diskussion über die internationale Lage und ihre Auswirkungen auf unser Land

Militärische Erwägungen

Der Rat lehnt zunächst den Gedanken ab, den Generalstabschef zur Nachmittagssitzung einzuladen. Dadurch würde die öffentliche Meinung nur unnötig alarmiert, in einem Zeitpunkt, wo die Lage noch keineswegs dramatisch ist. Der Unterbruch der Manöver des 4. AK und andere militärische Vorbereitungen hätten den gleichen Effekt. Wie der Herr Bundespräsident feststellt, geht es darum zu einer gesteigerten Bereitschaft zu gelangen, ohne alarmierend zu wirken.

Wirtschaftliche Lage

Herr Holenstein orientiert über seine gestrige Besprechung mit den verantwortlichen Vorstehern der Kriegswirtschaft. Allfällige Beschlüsse wären am Nachmittag zu fassen. Der Redner stellt fest, dass die Versorgungslage im Allgemeinen gut ist. Für viele Produkte ist der Bedarf eines Jahres gedeckt. Die gesamte Betrachtung führt dazu, dass keine Anträge für staatliche Massnahmen gestellt werden. Auffallend und unerfreulich sind die Angst- und Hamsterkäufe. Die kriegswirtschaftlichen Mitarbeiter des Vorstehers EVD glauben, dass man bald mit einem Rückgang des Auskaufes rechnen könne. Man muss die Lage dauernd verfolgen und alle Vorbereitungen treffen, um rasch nötig werdende Massnahmen treffen zu können.

An die Kantonsregierungen wird ein vertrauliches Kreisschreiben gerichtet um sie einzuladen, die Vorbereitungen für allfällige Eventualitäten zu überlegen und zu treffen (Massnahmen in unsicheren Zeiten, Vorbereitung und Einsatz der kriegswirtschaftlichen Organe). Herr Etter erkundigt sich, ob Anzeichen dafür bestehen, dass auf den Banken in abnormaler Weise Geld abgehoben wird. Herr Streuli erklärt, dass gestern ^{die} Börsenkurse noch normal geblieben seien. Im Uebrigen werde er bis Nachmittag auf Grund von Erkundigungen Auskunft über diese Frage geben.

Was die Treibstoffe anbelangt, wurden gestern noch keine Anzeichen von verstärkter Nachfrage gespürt. Die Sperre des Suezkanals und die Zerstörung von Pipelines verschärft die Lage. Der Moment für eine Kontingentierung scheint uns aber noch nicht gekommen. Nach einer Notiz von heute morgen benötigt die Umstellung auf amerikanische Zufuhren 2 Monate. Italien hat gewisse Beschränkungen der Ausfuhr vorgenommen. Unsere Importeure werden etwas unruhig. Es sind aber noch grosse Quantitäten im Anrollen.

Der Herr Vorsitzende stellt das vorbereitete Communiqué des EVD zur Diskussion. Daneben besteht noch der Vorschlag Streuli, eine Pressekonferenz abzuhalten. Um die Schockwirkung des Aufrufes an die Grossen Vier etwas abzuschwächen, beschliesst aber der Rat sofort ein beruhigendes Communiqué über die Wirtschaftslage des Landes herauszugeben, das der Oeffentlichkeit gleichzeitig mit dem Aufruf bekannt gegeben werden soll. Den Bedenken der Herren Lepori und Streuli, dass man vielleicht durch die Beschlüsse, die man am Nachmittag wird fassen müssen, desavouiert werden könnte, wird Rechnung getragen durch Weglassen einiger Sätze und entsprechende Redaktion. Schliesslich erhält das Communiqué die Fassung gemäss Beilage 3 zu diesem Protokoll.

Aufnahme ungarischer Flüchtlinge

Der Herr Bundespräsident gibt in Ergänzung der früheren Ausführungen des Vorstehers EPD zu dieser Frage Kenntnis von einer Anfrage von Herrn Minister Feisst, ob die Schweiz 2000 ungarische Flüchtlinge aus der Stadt Soprom, die gegenwärtig in einem Lager in Eisenstadt untergebracht sind, übernehmen wolle. Das Rote Kreuz verfüge über die nötigen Mittel und könnte auch das Personal aufbringen für die Betreuung. Die Polizeiabteilung hat die Angelegenheit mit dem Chef der Abteilung für Internationale Organisationen besprochen.

Herr Lepori begrüsst diese Aktion, macht aber auf Grund seiner Erfahrungen im Tessin mit italienischen Flüchtlingen einige Vorbehalte vor allem denjenigen, dass es sich um "réfugiés authentiques" handeln müsse. Der Rat folgt aber einem Antrag Etter und stimmt der Uebernahme, die eine Entlastung Oesterreichs bedeutet, vorbehaltlos zu.

Der grundsätzliche Beschluss wird der Oeffentlichkeit in einem Communiqué gemäss Beilage 2 mitgeteilt.

Das JPD wird einen schriftlichen Antrag vorlegen zur Regelung der Einzelheiten.

Die BK wird beauftragt dafür zu sorgen, dass alle drei Communiqués

- Aufruf an die Grossen Vier
- Aufnahme ungarischer Flüchtlinge
- Wirtschaftslage des Landes

in dieser Reihenfolge noch vom Mittagsnachrichtendienst des Radios durchgegeben werden.

Nachmittagssitzung 15 Uhr

Fortsetzung der Besprechung der Lage

Herr Petitpierre stellt fest, dass eine Beurteilung dadurch erschwert wird, dass wir nicht alle Elemente kennen. Ungarn ist jetzt gegenüber der diplomatischen Initiative der Russen im Suezkonflikt, weltpolitisch gesehen, in den Hintergrund getreten. Der Eindruck, dass die Situation ernst aber nicht hoffnungslos ist, bleibt bestehen. Wir müssen vorsichtig sein, um durch unsere Massnahmen nicht alarmierend zu wirken, d.h. also: keine extremen Lösungen!

Herr Chaudet orientiert über die militärischen Aspekte und einige Massnahmen, die andere europäische Länder vorbereiten oder erwägen. Er macht einige Angaben über die Stärke der russischen Truppen in den einzelnen Satellitenstaaten. In Russland selbst sind keine grösseren Truppenverschiebungen festgestellt. Am Suezkanal sind die französischen und britischen Fallschirmabspringer durch gelandete Truppen verstärkt worden. Die ägyptische Armee richtet sich zur Verteidigung von Kairo ein. Die Türkei hat die Grenzen gegen Syrien besetzt.

Die nachfolgende Meinungsäusserung der Mitglieder des Rates zeigt, dass man den Eindruck hat, es zunächst mit einem riesigen diplomatischen Einschüchterungsmanöver an die Adresse Israels, Frankreichs und Grossbritanniens zu tun zu haben, dem eine militärische Aktion in der Suezzone folgen könnte. Ein Feldzug in Westeuropa erscheint bei der Lage in den Satellitenstaaten wenig wahrscheinlich.

Massnahmen des EPD

Ein Telegramm aus Budapest meldet Einzelheiten über die Beendigung der Kämpfe. Laut telephonischer Mitteilung aus Kairo, ist die Delegation König wohlbehalten in Kairo eingetroffen.

Der britische Botschafter hat angefragt, ob die Schweiz die britischen Interessen in Libanon vertreten werde. Für Jordanien habe Italien die Vertretung übernommen. (Bei der früheren Mitteilung, dass die Schweiz auch wegen Jordaniens angefragt worden sei, handelt es sich vermutlich um ein Missverständnis). Da die Beziehungen zwischen Libanon und Grossbritannien noch nicht abgebrochen sind, erklärt der Rat sich damit einverstanden, eventuell auch hier die Vertretung zu übernehmen.

Herr Petitpierre orientiert dann über die Uebergabe des Aufrufes an die verschiedenen Botschafter. Der sowjetrussische Botschafter ist mit einem Uebersetzer gekommen, der alles notiert hat, was gesprochen wurde. Der Botschafter habe sich im Verlaufe des Gesprächs über die Manifestation vor der Botschaft beschwert und mitgeteilt, dass man heute versucht habe die Standarte von seinem Automobil wegzureissen. Herr Petitpierre hat darauf geantwortet, dass er sich orientieren lassen werde. Nachdem Herr Feldmann eine Darstellung der Ereignisse auf dem Waisenhausplatz und vor der sowjetrussischen Botschaft gegeben hat, und festgestellt hat, dass die Polizei voll und ganz ihre Pflicht getan habe, stellt Herr Petitpierre fest, dass kein Anlass bestehe sich für das Vorgefallene zu entschuldigen.

Nachdem die Polizei erklärt, mit ihren Kräften einen wirksamen Schutz der russischen Botschaft während des Empfanges zur Feier der Oktoberrevolution nicht garantieren zu können, wird auf den dringenden Wunsch des Vorstehers des JPD beschlossen eine Kompagnie der Hipo-rekrutenschule und drei Kompagnien eines Bataillons des Regiments 16, das zur Zeit im Manöver ist, der Polizei zur Verfügung zu stellen, als Einsatzreserve.

Vertretung der Behörden beim Empfang auf der russischen Botschaft
Herr Petitpierre stellt fest, dass man nach der Initiative des Bundesrates und vorausgesetzt, dass diese in Moskau ein günstiges Echo hätte, keinen Grund hätte, die Einladung völlig zu ignorieren. Er schlägt vor, dass Herr Minister Zehnder, Herr Dominicé und Herr Grenier abgeordnet werden. Ausser dieser Dreierdelegation sollte kein Behördevertreter, kein Vertreter des Militärs und der Verwaltung hingehen. Dieser Entscheid ist provisorisch in dem Sinne, dass je nach den Umständen das EPD noch weitere Reduktionen vornehmen kann.

Für die Teilnahme unserer Minister im Ausland wird festgelegt, dass sie im Zweifel der Einladung eher folgen sollen, wenn nicht wegen Rücksichten auf das Verhalten anderer Gesandtschaften es sich empfiehlt, lediglich einen Mitarbeiter abzuordnen.

Es wird beschlossen, an Präsident Woroschilov kein Glückwunschtelegramm zu senden. Eine Entschuldigung für die Demonstrationen vor der russischen Botschaft ist nicht erforderlich, da die Polizei Herrin der Lage geblieben ist.

Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens des ungarischen Gesandten
Auf eine Frage des Herrn Etter, ob wir die neue ungarische Regierung die nur aufgestellt wurde unter dem Zwang der russischen Bajonette anerkennen sollen, stellt Herr Petitpierre fest, dass das Beglaubigungsschreiben unterzeichnet ist vom Staatspräsidenten und vom Aussenminister, die beide noch im Amte sind.

Es wird beschlossen den Empfang im Hinblick auf die gegenwärtige Lage weiter zu verschieben.

Erklärung des Bundespräsidenten im Fernsehdienst und Begehren von Radio Köln

Der Herr Bundespräsident teilt mit, dass er den Wunsch des Fernsehdienstes abgelehnt habe. Radio Köln hätte es begrüsst, wenn ein Bundesrat den Aufruf an die Grossen Vier am Radio verlesen würde. Auch darauf wird nicht eingetreten.

Intervention des Landesrings wegen Einberufung der Bundesversammlung und Abbruch der diplomatischen Beziehung zu Sowjetrussland

Vor allem nach ^{dem} Aufruf des Bundesrates ist es ausgeschlossen, auf solche Ideen einzutreten. Es wird beschlossen, nicht zu antworten und auf Fragen zu erklären, der Bundesrat hat zur Sache noch nicht Stellung genommen.

Militärische Massnahmen

Man kann kein Militär aufbieten, ohne eine Alarmstimmung zu schaffen. Deshalb sollen gewisse Sprengobjekte durch das Festungswachtkorps

bereit gemacht werden. Eine notwendige Arbeit ist die Verlängerung der Landepisten von 3 Militärflugplätzen. Das EMD wird einen entsprechenden schriftlichen Antrag vorlegen.

Uebernahme ungarischer Flüchtlinge

Es liegt ein schriftlicher Antrag des JPD vor, der genehmigt wird (siehe Beschlussprotokoll).

Wirtschaftliche Massnahmen

Zur Zeit sind keine Massnahmen zu treffen. Für den Fall, dass sich die Verhältnisse sehr verschlimmern sollten, sind Massnahmen in Vorbereitung, wie die Kontingentierung der Abgabe gewisser Waren, die zeitweilige Sperre des Verkaufes gewisser Waren zur Vorbereitung der Rationierung etc. Dabei ist noch zu prüfen, ob man während der Sperre alle, die nicht den Ausweis für bedürftige Familien erhalten, ausschliesslich auf den Verbrauch der Haushaltsvorräte verweisen kann. Das könnte eine Strafe für die bedeuten, die sich jetzt beim Einkauf diszipliniert verhalten haben.

Was die Treibstoffe betrifft, ist die Carbura mit allen ihren Abnehmern bis zu den Tankstellen in Verbindung. Man wird hier wegen gewissen Erscheinungen (Käufe französischer Automobilisten an schweiz.Grenztankstellen) vielleicht zur freiwilligen Kontingentierung übergehen. Heute sind keine Massnahmen zu treffen.

Auf Antrag von Herrn Hostenstein wird beschlossen, den Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge zu Warenkäufen bis zum Gesamtbetrage von 50 Millionen Franken zu ermächtigen. Die Einzelheiten sind in einem schriftlichen Antrag, der streng vertraulich zu behandeln ist, festzulegen. Das EVD wird beauftragt, diesen Antrag auf die nächste Sitzung vorzulegen.

Schriftliche Anträge

Finanz- und Zolldepartement

Kartoffelvorräte

Einem Antrag des FZD wird zugestimmt (siehe Beschlussprotokoll).

Politisches Departement

Friedliche Verwendung der Atomenergie und Strahlenschutz

Das Geschäft wird zurückgelegt auf die Sitzung vom Freitag.

Atomvertrag mit USA

Herr Petitpierre hat den Mitgliedern des Bundesrates einen Briefentwurf an die Mitglieder der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Ständerates zugestellt. Gestützt auf eine Notiz der Justizabteilung erklärt Herr Feldmann sich mit dem Schreiben nicht einverstanden. Herr Petitpierre wird ermächtigt, das Schreiben

weiterzuleiten. Herr Feldmann wird die Notiz der Justizabteilung den Mitgliedern des Rates zustellen. Das Communiqué wird nicht abgegeben.

Übernahme ungarischer Forderungen

Es liegt ein schriftlicher Antrag des JPD vor, der genehmigt wird (siehe Beschlussprotokoll).

Wirtschaftliche Massnahmen

Zur Zeit sind keine Massnahmen zu treffen. Für den Fall, dass sich die Verhältnisse sehr verschlimmern sollten, sind Massnahmen in Vorbereitung, wie die Kontingentierung der Abgabe gewisser Waren, die zeitweilige Sperrung des Verkaufes gewisser Waren zur Vorbereitung der Rationierung etc. Dabei ist noch zu prüfen, ob man während der Sperrung alle, die nicht den Ausweis für bedürftige Familien erhalten, ausschliesslich auf den Verbrauch der Haushaltsvorräte verweisen kann. Das könnte eine Strafe für die bedürftigen, die sich jetzt beim Einkauf disziplinieren werden.

Was die Treibstoffe betrifft, ist die Carburant mit allen ihren Abnehmern bis zu den Tankstellen in Verbindung. Man wird hier wegen gewissen Ersparnissen (Käufe französischer Automobilisten an schwed. Gestankteilen) vielleicht zur freiwilligen Kontingentierung übergehen. Heute sind keine Massnahmen zu treffen.

Auf Antrag von Herrn Holenstein wird beschlossen, den Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge zu Warenkürten bis zum Gesamtbetrag von 50 Millionen Franken zu ermächtigen. Die Einzelheiten sind in einem schriftlichen Antrag, der streng vertraulich zu behandeln ist, festzulegen. Das JPD wird beauftragt, diesen Antrag auf die nächste Sitzung vorzulegen.

Schriftliche Anträge

Finanz- und Soliddepartement

Karstoffvorräte

Einem Antrag des FPD wird zugestimmt (siehe Beschlussprotokoll).

Politisches Departement

Friedliche Verwendung der Atomenergie und Strahlenschutz
Das Geschäft wird zurückgelegt auf die Sitzung vom Freitag.

Atomvertrag mit USA

Herr Pettipierre hat den Mitgliedern des Bundesrates einen Brief entworfen an die Mitglieder der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Ständerates zugesandt. Gestützt auf eine Notiz der Justizabteilung erklärt Herr Feldmann sich mit dem Schreiben nicht einverstanden. Herr Pettipierre wird ermächtigt, das Schreiben